

Gegenstand: Haushaltssatzungen 2007 mit den Haushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung, dem Finanzplan der Stadt mit dem ihm zugrunde liegenden Investitionsprogramm einschließlich der Prioritätenliste sowie des Beteiligungsberichtes
Vorlage: 0211/2006

Haushaltsrede CDU - Dr. Gottfried Jung

Herr Dr. Jung geht in seiner Haushaltsrede auf folgende Schwerpunktthemen ein:

- Verbesserung des Radwegenetzes im Stadtgebiet
- Einbau eines Fahrstuhls im Haus der Vereine, der vielleicht schon im nächsten Jahr realisiert werden kann.
- Errichtung des S-Bahn-Haltes Süd, für die ein erster Teilbetrag in den Investitionsplan aufgenommen wurde.
- Verbesserung der Kooperation mit den Umlandgemeinden, z.B. zum Aufbau einer gemeinsamen Feuerwehr.

Ein Fördertitel für die Jugendarbeit Ring politischer Jugend Speyer in Höhe von 1000 € wurde auf Antrag der CDU im Hauptausschuss in den Haushalt aufgenommen.

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, die Verwaltung solle zusammen mit der TDG eine systematische Überprüfung aller Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten durchführen. Es soll eine Prioritätenliste erstellt werden, die dem Bau- und Planungsausschuss zur Beratung vorgelegt wird. Auch die Straßenbeleuchtung sollte in die Energiespar-Überlegungen einbezogen werden.

Außerdem regt er an, die Anteile an den Pfalzwerken und an Saar-Ferngas an die SWS zu verkaufen.

Die CDU stimmt dem Haushaltsentwurf insgesamt zu.

Haushaltsrede SPD - Dr. Markus Wintterle

Herr Dr. Wintterle beschäftigt sich in seiner Haushaltsrede mit dem Schwerpunktthema: Wofür wird in Speyer Geld ausgegeben?

Er beklagt einen Sanierungsstau bei den Schulen. Ein professionelles Fundraising könnte dabei Abhilfe schaffen. Die SPD regt die Schaffung einer Stabsstelle unter Streichung einer anderen, prominenten Stelle an.

Der Neubau einer Rettungswache ist wegen mangelnder Finanzierung nicht gesichert. Deshalb sollte über andere Finanzierungsansätze nachgedacht werden, z.B. PPP. Andernfalls dreht sich die Spirale kontinuierlich nach unten. Die Gründung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Stadtrates wird angeregt.

Die Unterstützung der Stadt für das bürgerschaftliche Engagement ist eine wichtige Aufgabe der Stadt, auch bei den Vereinen.

Er kritisiert, dass die Bürgerhospitalstiftung zwei Jahre keine Ausschüttung von Stiftungsgeldern wegen Verteuerung des Neubaus und der Kosten der Übernahme durch die Diakonie vornimmt.

Die SPD regt an, ein Konzept für die Verwendung der Stiftungsgelder für Senioren und Bedürftige zu erarbeiten – wenn die Verwaltung dazu nicht bereit ist, sollte darüber fraktionsübergreifend auch ohne Verwaltung gearbeitet werden.

Herr Dr. Wintterle stellt in diesem Zusammenhang die hauptamtliche Beigeordneten-Stelle grundsätzlich in Frage.

Die SPD stimmt dem Haushalt zu, mit Ausnahmen Bürgerhospitalstiftung und Flugplatz.

Haushaltsrede SWG - Hermann Preuß

Herr Preuß fordert die Prüfung des Personalaufwandes der Stadt im Hinblick auf die überdurchschnittlich hohe Zahl der öffentlich Beschäftigten pro 100 Einwohner nach einer bundesweiten Erhebung. Auch für einen Ausgleich innerhalb der Verwaltung, z.B. für den chronisch unterbesetzten Umweltbereich, soll dabei gesorgt werden.

Der Altenheimausschuss hat seine Aufgabe erfüllt. Ob ihm andere Aufgaben übertragen werden sollen, wird nächstes Jahr zu entscheiden sein.

Die Hausmeister an den Schulen sollen in Zusammenarbeit mit den SWS und deren Energieberater geschult werden, um zu deutlichen Einsparungen bei den Energiekosten zu kommen.

Die telefonische Erreichbarkeit der Touristinformation muss verbessert werden.

Die SWG wird zu einem späteren Zeitpunkt noch einen Antrag zur Realisierung eines Camping-Platzes stellen.

Herr Preuß regt die Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Verwaltungs- und Strukturreform an, um die Eigenständigkeit der Stadt Speyer zu erhalten.

Die SWG-Fraktion stimmt dem Haushalt zu.

Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen - Roswitha Pitsch

Frau Pitsch fordert, der Stadtentwicklung den Stempel der Nachhaltigkeit aufzudrücken. Speyer wird beim Land unter den Gemeinden geführt, die zwar ein Leitbild erarbeitet, aber keine Agenda 21 verabschiedet oder beschlossen haben. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen aus der Entwicklung des Leitbildes wurden vom Stadtrat kurzerhand als nicht bindend bewertet.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert ein Agenda 21-Büro, das mit 2 Stellen besetzt wird. Die Gegenfinanzierung könnte über eine Einsparung der hauptamtlichen Beigeordnetenstelle zu Gunsten einer ehrenamtlichen Stelle nach 2007 erfolgen. Dazu wird die Fraktion noch einen Antrag in den Rat einbringen.

Nachhaltigkeit wird auch bei der Entscheidung für den Flugplatzausbau und der damit verbundenen Vernichtung von 10 Hektar Auwald vermisst. Nachhaltigste Problemlösung wäre ein Rückbau des Verkehrslandeplatzes. Der Südliche Auwaldbereich ist der einzige geeignete Standort für ein Geothermieprojekt in Speyer.

Im Bürgerpanel (1. Befragung) schneidet Speyer im Bereich der Betreuung der unter 3jährigen schlecht ab. Dies wird auch aus dem Bericht der Landesregierung deutlich und muss dringend korrigiert werden.

Die Verlagerung der Jugendförderung aus dem Zentrum in die Peripherie wird kritisiert. Bündnis 90/Die Grünen werden noch den Antrag stellen, ob die Jugendförderung an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen werden kann.

Kulturhof und Stadthalle sollten besser geführt und vermarktet werden, um eine Verbesserung der Finanzlage dieser Einrichtungen zu bewirken. Auch im Tourismus-Bereich sollte eine Verbesserung durch Mehreinnahmen für die Versendung von Werbematerial erreicht werden.

Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Haushalt zu, lehnen aber den Haushalt der Bürgerhospitalstiftung ab.

Haushaltsrede ödp-FDP - Dr. Heinz-Dieter Jakumeit

Herr Dr. Jakumeit spricht davon, man solle sich vom Begriff des „Sparhaushalts“ verabschieden und definiert den Begriff "Sparen" laut Duden. Vielmehr handelt es sich nur noch um die bloße Verwaltung des Mangels. Kommunalpolitik brauche aber Visionen.

Er kritisiert, dass die Steigerung auf der Ausgabeseite des Haushaltes nicht den Empfehlungen des Ministeriums des Innern und für Sport (max. 1 %) entspricht.

Er übt weiterhin Kritik an der Gestaltung des Haushaltes (fehlende Querverweise, innere Verrechnungen verwirren).

Die ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft regt eine engere Zusammenarbeit der VHS mit dem Rhein-Pfalz-Kreis an. Der Landkreis muss sich daneben stärker an der Finanzierung der Schulen durch Änderung der bestehenden Verträge beteiligen.

Die getroffenen Aussagen, wonach im Personalbereich kein weiterer Spielraum ohne Einschränkungen für den Bürger mehr besteht, zeigen, dass es einen Mangel zur Bereitschaft von Strukturveränderungen gibt. Dies wird auch vor dem Hintergrund der Erhebungen zur Zahl der öffentlich Bediensteten im Vergleich zum Kreis deutlich. Das Personalmanagement der Stadt sollte durch den Rechnungshof überprüft werden.

Die Devise muss sein: Verwaltung so viel wie notwendig, Gestaltung so viel wie möglich.

Haushaltsrede BGS - Claus Ableiter

Nach Ansicht von Herrn Ableiter belasten 3 Faktoren den Haushalt:

1. Zu viele Ausgaben durch die Stadtverwaltung,
2. zu viele Aufträge werden durch den Bund und das Land auf die Kommunen übertragen,
3. eine schlechte Wirtschafts- und Sozialpolitik schafft eine Kluft zwischen Einnahmen und Sozialausgaben.

Er spricht ein Lob auf das Konnexitätsprinzip und den Bundespräsidenten aus, der das Verbraucherinformationsgesetz nicht ausgefertigt hat.

Das Altenheim der Stadt war eine wichtige soziale Einrichtung der Stadt und wurde von den Mehrheitsfraktionen abgewickelt und zerstört.

Er schließt sich vielen Punkten den Ausführungen von Frau Pitsch an.

Die städtischen Tochtergesellschaften werden durch die Verwaltung ausgehöhlt, indem man sie mit Schulden belastet (Kosten Kombibad, Verkauf der Anteile Pfalzwerke). Von

Nachhaltigkeit der Politik kann keine Rede sein. So wurden z.B. Solarthermieanlagen beim Kombibad oder im Altenheimneubau nicht konzipiert. Das Archäologische Schaufenster bezeichnet er als Musterbeispiel für Verschwendung von Steuermitteln.

Mit Genugtuung habe die BGS-Fraktion zur Kenntnis genommen, dass sich im Nahverkehr eine Einsparung von 1,4 Mio. € durch die Niederlage der Stadt vor Gericht wegen der gescheiterten Ausschreibung ergeben hat.

Als zukünftigen Bereiche, in denen die Stadt Geld verschwenden möchte, nennt er die Umplanung des St.-Guido-Stifts-Platzes und die Errichtung von „Kinderabwehrzäunen“ an Speyerer Schulen, um Kinder auszuschließen. Die schlimmste Steuergeldverschwendung ist jedoch der Flugplatz und sein Ausbau.

Ein 50jähriger Hochwasserschutz, wie er am Speyerbach vorgesehen wird, ist für die BGS-Fraktion nicht tragbar.

Haushaltsrede REP - Kurt Walter

Herr Walter äußert kritische Anmerkungen zur Entwicklung bzw. Darstellung der Kosten im Bereich der Kindertagesstätten.

Er regt an, die Halle 101 an den Rockmusikerverein zu verkaufen, um die laufenden Kosten für die Halle einzusparen.

Die Republikaner stimmen dem Haushalt aber insgesamt zu.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion auf Überprüfung aller Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten in Zusammenarbeit mit der TDG wird einstimmig angenommen.

Haushalt 2007:

Es wird keine Einzelabstimmung zu den Einzelplänen beantragt

Der Stadtrat stimmt den Haushaltssatzungen 2007 mit den Haushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung, dem Finanzplan der Stadt mit dem ihm zugrunde liegenden Investitionsprogramm einschließlich der Prioritätenliste sowie des Beteiligungsberichtes und den Wirtschaftsplänen mehrheitlich zu, bei 2 Gegenstimmen der BGS-Fraktion und den differenzierten Einzelbetrachtungen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsplan der Bürgerhospitalstiftung bzw. dem Wirtschaftspläne der Flugplatz Speyer Grundstücksverwaltungs GmbH (FSG).

17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Einsatz von Abwasserpumpen als Wärmequelle; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 07.11.2006
Vorlage: 0202/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion ohne weitere Aussprache einstimmig:

Die Stadtwerke Speyer GmbH werden beauftragt, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und unter welchen finanziellen Bedingungen in Speyer durch den Einsatz von Abwasserwärmepumpen das Abwasser als Energiequelle genutzt werden kann.

17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Verkehrssituation für Fußgänger im gesamten Stadtgebiet; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.11.2006
Vorlage: 0203/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Antrag der SPD-Fraktion ohne weitere Aussprache einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, stadtweit die Verkehrssituation für Fußgänger zu überprüfen und im entsprechenden Fachausschuss zu berichten. Insbesondere soll die Verkehrssituation vor dem Doppelgymnasium und der Wormser Landstraße (Bereich Media-Markt, Bereich T-Punkt und Bäckerei Görtz) überprüft werden.

Gegenstand: Kreisel am Historischen Museum der Pfalz; Anfrage der ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft vom 21.11.2006
Vorlage: 0210/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Punkt 1:

Bei Wendevorgängen von Lkws kam es zu Beschädigungen der an der Verkehrsinsel angebrachten Verkehrszeichen. Wenn möglich wurden die Unfälle von der Polizeiinspektion Speyer aufgenommen und die Verursacher festgestellt. Wir gehen davon aus, dass es sich bei den Wendevorgängen um Falschfahrten handelte, d. h. die Fahrzeugführer haben die Beschilderung an der Abfahrt B 39 Speyer-Zentrum nicht beachtet.

Zu Punkt 2:

Es liegen keine Planungsfehler vor. Die von Ihnen als Kreisel bezeichnete Verkehrsanlage ist im Sinne der StVO nur eine Verkehrsinsel. Es ist nicht beabsichtigt, dass dort LKW' s mit Anhänger oder Sattelzüge wenden. Beim Ausbau bestand die Vorgabe, dass Gelenkbusse, insbesondere wegen der dortigen Bushaltestelle, wenden können. Ein entsprechender Fahrversuch wurde damals gemacht. Die Durchfahrt an der Verkehrsinsel ist ausreichend dimensioniert. Alle der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) entsprechenden Fahrzeuge können diese durchfahren.

Die wesentlichen Ziele, insbesondere die Industriegebiete Süd und Ost, sind an beiden Abfahrten der B 39 ausgeschildert. Wir gehen davon aus, dass sich unter bestimmten Umständen die Fahrzeugführer von den im Lkw befindlichen Navigationsgeräten über den Domplatz leiten lassen, um z. B. in die Austraße zu kommen. Spätestens aber auf Höhe des Historischen Museum stellen die LKW-Fahrer fest, dass die Route nicht ihren Erwartungen entspricht und wenden. Durch die Aufstellung eines Durchfahrtsverbots für Lkw über den Domplatz soll dies in Zukunft verhindert werden. Lieferanten können den Domplatz weiterhin befahren.

Zu Punkt 3:

Zunächst gilt festzustellen, dass es sich bei der Unfallstelle nicht um einen Unfallschwerpunkt handelt. Da offensichtlich keine baulichen und keine Beschilderungsmängel vorliegen verweise ich auf die unter Punkt 2 vorgestellte Lösung.

Gegenstand: Neubau einer Synagoge in Speyer; Anfrage der SWG-Stadtratsfraktion vom 29.11.2006
Vorlage: 0234/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. Die jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz hat den Frankfurter Architekten Prof. Alfred Jacobi beauftragt, Planungen für den Bau einer Synagoge in Speyer auszufertigen.
2. Prof. Jacobi hat der Jüdischen Kultusgemeinde der Rheinpfalz Pläne für den Umbau der ehemaligen Kirche St. Guido am Guido-Stifts-Platz vorgelegt.
3. Auftraggeber für den Bau einer Synagoge ist die Jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz. Im Gegensatz zur Jüdischen Gemeinde Speyer e.V., die den Status eines Vereins besitzt, ist die Jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz von der Landesregierung als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt.
4. Bereits im September 2004 hat der damalige Staatssekretär Roland Härtel anlässlich der 900-Jahr-Feier der ersten Speyerer Synagoge den Bau einer neuen Synagoge in der Domstadt vorgeschlagen. „Ein solches Bauwerk sei die Stadt ihren ehemaligen jüdischen Mitbürgern schuldig, die mehrfach aus der Domstadt vertrieben worden seien“, so Härtel.

Über die von Prof. Jacobi vorgelegten Pläne wurde die Landesregierung durch die jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz informiert.

5. Diese Frage muss im Rahmen von noch ausstehenden Gesprächen mit der Landesregierung erörtert werden.
6. Als Beispiel sei hier erwähnt, dass die Stadt Speyer in den letzten Jahren die Investitionskosten für sämtliche Neu- und Umbauten von Kindertagesstätten-Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft finanziert hat (Villa Kunterbunt, St. Markus, St. Christopherus, Anbau St. Hedwig, etc.).
7. Diese Frage muss Gegenstand von Beratungen im Stadtrat werden, sobald die Frage der möglichen Bundes- und Landeszuschüsse geklärt werden konnte.
8. Die Jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz mit Sitz in Neustadt ist Rechtsnachfolgerin sämtlicher israelitischer Gemeinden, die vor dem 1. Januar 1938 im Gebiete der heutigen Pfalz ihren Sitz hatten, darunter auch die jüdische Gemeinde der Stadt Speyer. Die Stadt Neustadt ist ebenfalls Teil dieses Vertretungsgebietes, wird aber der Sache nach weder an der Planung noch an der Finanzierung einer Speyerer Synagoge beteiligt sein.

Herr Preuß bittet abschließend um schriftliche Übersendung der Beantwortung.

Gegenstand: Umbau der Heizung im Altbau der Siedlungsschule; Antrag der ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft vom 29.11.2006
Vorlage: 0235/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Rieser begründet den Antrag nochmals mündlich. Er nimmt dabei Bezug auf den: alljährlicher Energiesparwettbewerb der Stadt, der einen Anreiz für Kinder in den Schulen bilden soll, um Energiekosten zu sparen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Stadt ihren Beitrag dazu leisten.

Der Vorsitzende wirft ein, dass genau vor einem Jahr dem Schulleiter die Heizung zu niedrig eingestellt war und deshalb nachgeregelt werden musste. Trotzdem wird über den Punkt wird berichtet werden, wie beantragt.

Herr Batzer stellt Antrag, dass in allen Schulen eine Begehung diesbezüglich erfolgen soll. Es wird darauf hingewiesen, dass dies bereits Beschlusslage aus der Haushaltsrede der CDU-Fraktion ist.

Herr Walter stellt als gelernter Heizungsbauer die grundsätzliche Funktionsfähigkeit einer Deckenheizung in Frage.

Seitens der BGS-Fraktion werden durch Herrn C. Ableiter die Zustände im völlig vernachlässigten Stadtteil Speyer-Nord scharf kritisiert. Durch den Vorsitzenden erfolgt daraufhin der Ordnungsruf zur Sache

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Antrag der ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft einstimmig:

Die SWS /TDG wird beauftragt, zu prüfen, welche Kosten bei einem Umbau der Deckenheizung im Altbau der Siedlungsgrundschule, auf eine konventionelle Heizkörperheizung entstehen würden und welche Energieeinsparungen daraus voraussichtlich resultieren.

17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

Gegenstand: Sachkostenpauschale für Kindertagesstätten
Vorlage: 0156/2006/1

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses und des Hauptausschusses mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme), ab dem Haushaltsjahr 2007 für **alle** Kindertagesstättengruppen in freier Trägerschaft eine Sachkostenpauschale zu gewähren. Für das Jahr 2006 wird der durchschnittliche Sachkostenbedarf pro Gruppe auf 9.428,-- € festgesetzt.

Für alle Gruppen in Einrichtungen, die von den freien Trägern bewirtschaftet werden, beträgt der städtische Zuschuss 50 % dieser Pauschale, das sind 4.714,-- €

Für alle Waldgruppen und alle Gruppen in freier Trägerschaft, die öffentliche Gebäude nutzen, beträgt der städtische Zuschuss 25 % dieser Pauschale, das sind 2.357,-- €

In den Haushaltsplan 2007 sind ca. 300.000,-- € für diese Zuschüsse einzuplanen.

Der Trägerverein Flohkiste e. V. erhält für den Übergangszeitraum Januar 2007 bis Ende des Kindertagesstättenjahres 2007 für seine erste Waldgruppe 50 % statt 25 % der Pauschale.

Gegenstand: **Bebauungsplan Nr. 037 E "Alte Rheinhäuser Weide, 3. Änderung"**
hier: Auswertung der Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB) sowie Satzungsbeschluss
Vorlage: 0231/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses mehrheitlich (bei 4 Gegenstimmen):

1. Den Beschlussvorschlägen zu den im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und den im Rahmen der Behördenbeteiligung vorgetragenen Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplans wird gefolgt.
2. Der entsprechend überarbeitete Entwurf zum Bebauungsplan einschließlich Begründung wird gebilligt.
3. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden gemäß § 88 LBauO als Satzung über „Örtliche Bauvorschriften“ im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 037 E "Alte Rheinhäuser Weide, 3. Änderung" beschlossen.
4. Die Satzung über die örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 88 LBauO in den Bebauungsplan „Alte Rheinhäuser Weide, 3. Änderung“ integriert.
5. Der Rat der Stadt Speyer beschließt den Bebauungsplan „Alte Rheinhäuser Weide, 3. Änderung“ gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Satzung auszufertigen und den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.

17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Anträge auf Umbesetzung von Ausschüssen liegen nicht vor.

17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: Ehrungen; Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Speyer

Der Vorsitzende verweist nochmals auf die Vorberatung in den Sitzungen des Ältestenrates.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Herrn Prof. Dr. Peter Eichhorn wird die Verdienstmedaille der Stadt Speyer verliehen, um damit sein Lebenswerk auf dem Gebiet der Förderung des kulturellen Lebens in Speyer zu würdigen.

17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.12.2006



17. Sitzung des Stadtrates 14.12.2006 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!